

Aufklären, überprüfen, reformieren: Was nach dem BAMF-Skandal zu tun ist

Die Vorgänge in Bremen sind ein Skandal, aber auch Symptom massiver Defizite der deutschen Flüchtlingspolitik: Nach der Grenzöffnung im September 2015 stand das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) unter enormen Druck. Allein 2016 wurden knapp 750.000 neue Asylanträge gestellt. Gleichzeitig fehlten die notwendigen Mittel, um diese Herausforderung zu meistern. Wichtige Aufgaben wurden daher vernachlässigt. Schnelligkeit ging vor Gründlichkeit. Noch 2016 waren im BAMF durchschnittlich nur sechs Mitarbeiter mit Sicherheitsüberprüfungen betraut. Im zentralen Qualitätsmanagement waren lediglich sieben Stellen besetzt. Bis August 2017 sank der Anteil der zentral überprüften Entscheidungen auf nur noch 0,2 Prozent. In diesem Umfeld wurde ein Skandal wie in Bremen möglich, wo über Jahre hinweg mindestens 1.200 Asylanträge ohne ausreichende rechtliche Grundlage genehmigt wurden.

Aufklärung

Mit einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss wollen wir die strukturellen Probleme des BAMF und das massive Organisationsversagen aufklären, die den systematischen Rechtsbruch in Bremen erst möglich machten. Offensichtlich fehlt es im BAMF an einer Fehlerkultur, die Hinweise ernst nimmt und Missständen auf den Grund geht. Dabei geht es auch um die persönliche Verantwortung von Vorgesetzten und die Rolle des Bundesinnenministeriums, das die Aufsicht über das BAMF hat. Darüber hinaus geht es um die Frage, ob und inwiefern politische Entscheidungen und politischer Druck zur Überforderung und zum Versagen der Organisation des BAMF führten. Nicht zuletzt wollen wir mit dem Untersuchungsausschuss aufklären, ob es auch in anderen Außenstellen zu ähnlichen Missständen kam.

Die bisherige Aufklärung durch das BAMF und die Bundesregierung ist unzureichend. In den vergangenen Wochen haben sich zum Teil gravierende Ungereimtheiten und Widersprüche in den Aussagen des Bundesinnenministeriums und der Leitung des BAMF ergeben. Das BAMF und mit der Behörde auch die Bundesregierung haben massiv an Vertrauen verloren. Das Parlament muss deshalb die Aufklärung selbst in die Hand nehmen. Sondersitzungen des Innenausschusses reichen dafür nicht aus. Ein Untersuchungsausschuss kann selbst Akten einsehen, Mitarbeiter der Behörden befragen und so die Aufklärungsarbeit der Bundesregierung kontrollieren.

Überprüfung

Wir wollen nicht nur in Bremen, sondern bundesweit frühere Entscheidungen des BAMF überprüfen. Denn schon jetzt ist erkennbar, dass der Bremer Fall nur die Spitze des Eisberges ist. Die Einstellung von neuem, nur unzureichend qualifiziertem Personal, lückenhafte Qualitätskontrollen und unzuverlässige technische Hilfsmittel verstärken die Zweifel an der Rechtstaatlichkeit von Verfahren der letzten Jahre. Ein weiteres Indiz sind die über 2.000 Dolmetscher, die erst 2017 wegen mangelnder Qualifikation entlassen wurden.

Wir schlagen daher eine bundesweite Stichprobe zurückliegender Entscheidungen des BAMF vor, die von unabhängigen Experten durchgeführt werden soll. Ziel muss es sein, das tatsächliche Ausmaß des Problems offenzulegen. Die Untersuchung nur einzelner Außenstellen durch das BAMF selbst reicht hier nicht aus.

Reform

Das BAMF selbst muss grundlegend reformiert werden. Alle Strukturen und die gesamte Arbeitsweise gehören auf den Prüfstand. Die Ergebnisse und Analysen eines Untersuchungsausschusses können dabei entscheidend helfen. Nur wenn wir die Ursachen der jetzigen Probleme und Fehler verstehen, können wir sie für die Zukunft vermeiden und das Vertrauen in eine der wichtigsten Behörden Deutschlands zurückgewinnen.

Die Fraktion der Freien Demokraten steht für eine geordnete, weltoffene Einwanderungspolitik. Wir nehmen die humanitären Verpflichtungen Deutschlands ernst. Die Bürgerinnen und Bürger werden nur davon überzeugt werden können, wenn sie darauf vertrauen können, dass in einem geordneten, rechtsstaatlichen Verfahren sorgfältig entschieden wird, wer zu uns kommen kann. Wir dürfen Ressentiments und Verschwörungstheorien keine Nahrung geben. Deshalb ist eine gründliche Aufklärung des BAMF-Skandals aber auch der Flüchtlingspolitik seit 2014 so wichtig. Letztlich geht es um eine Befriedung der deutschen Gesellschaft.